

# FORSCHUNG

## MITBESTIMMUNG

### Gefühl der Entwertung

In Karlsruhe experimentieren sie am „Schnellen Brüter“, um Kernbrennstoff für Atomreaktoren zu gewinnen. Im Heidelberger Krebsforschungszentrum suchen sie nach Krebsregenern und erprobten Therapien an Ratten und Mäusen.

In Garching bei München, im Institut für Plasmaphysik, wollen sie mit Hilfe der Kernfusion Energiequellen für die Zukunft erschließen. In Birlinghoven bei Bonn, in den Planungsbüros der Gesellschaft für Mathematik und Datenverarbeitung, entwerfen sie neuartige Informationsmodelle.

Die rund 8000 Wissenschaftler an den zehn Großforschungszentren der

an Bundeskanzler Willy Brandt — noch immer auf Mitbestimmungsrechte verzichten, „die den Studenten als unfertigen Wissenschaftlern heute als selbstverständlich zugestimmt werden“.

An den Forschungsstätten jenseits der Hochschulen wird oft verfahren, als hätte es in der Bundesrepublik weder Studenten-Demonstrationen noch Hochschul-Reformen gegeben. Hier gilt noch immer die Maxime: Entscheiden dürfen nur wenige, die meisten müssen gehorchen.

Die wenigen — das sind einige hundert Instituts- und Abteilungsleiter, meist im Professorenrang, die oft nicht nur als Forscher und Verwalter, sondern zugleich als Hochschullehrer oder Industrierater wirken.

Die meisten — das sind die wissenschaftlichen Mitarbeiter, „von denen die Arbeit zu 95 Prozent getragen wird“ (so der VWF-Vorstand): zumeist Doktoren, im Durchschnitt an die vierzig Jahre, die kaum Chancen ha-

ten bisher leider nur wenige.“ Erst in den letzten Monaten ist es dem Wissenschaftler-Bund gelungen, seine mehr als 2000 Mitglieder für die Mitbestimmung an den Instituten zu mobilisieren.

Anlaß für die Verbandskampagne waren die „Leitlinien zu Grundsatz-, Struktur- und Organisationsfragen von rechtlich selbständigen Forschungseinrichtungen“, die das Wissenschaftsministerium im November des vergangenen Jahres veröffentlichte. In dem Dekret, das für die zehn Großforschungszentren des Bundes — etwa für das Kernforschungszentrum Karlsruhe und das Deutsche Elektronen-Synchrotron in Hamburg (Desy) — gelten soll, entdeckte der Wissenschaftler-Verband jedoch nur „scheindemokratische Gremien“, die „verschleiern, daß alles beim alten bleiben soll“.

Die Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr (ÖTV), in der 5000 Wissenschaftler organisiert sind, befand über die Leitlinien: „Kein wesentliches Element des gesellschaftlichen Fortschritts.“

In der Tat wollen Wissenschaftsminister Hans Leussink und sein Staatssekretär Klaus von Dohnanyi die Mitwirkung der Wissenschaftler bei den Entscheidungen (etwa über Investitionen, Arbeitsprogramme und Forschungsschwerpunkte) oft nur auf eine unverbindliche Beratung beschränken. Zudem ergibt sich aus der geplanten Zusammensetzung der Entscheidungsgremien, wie der VWF errechnete, für die „aktiven Wissenschaftler“ nur noch „ein Stimmgewicht von zirka 2,5 Prozent“.

Darüber hinaus bemängelte der Wissenschaftler-Bund, daß die Amtszeit der Instituts- und Abteilungsleiter nicht eindeutig begrenzt werde. Der Gegenvorschlag des VWF: Auch die Forschungsmanager sollten „ihrer eigentlichen wissenschaftlichen Tätigkeit grundsätzlich nie länger als drei bis fünf Jahre entzogen werden“. Vom steten Wechsel in den Führungspositionen versprechen sich die Wissenschaftler den längst überfälligen „Abbau verzerrter Machtstrukturen“.

Obleich es den Kritikern nicht nur um mehr Mitbestimmung, sondern zugleich um mehr Effektivität für die wissenschaftliche Arbeit geht, gelten ihre Forderungen den Direktoren der Großforschungszentren und der Max-Planck-Institute wie auch konservativen Wissenschaftlern außerhalb der Forschungszentren vielfach als viel zu radikal.

Der Heidelberger Völkerrechtler Helmut Strelbel nennt den Reformeifer junger Wissenschaftler in der Max-Planck-Gesellschaft schlicht „Subversion“. Der Saarbrücker Psychologe Ernst Boesch klagt: „Wehe dem Forscher, der einer ‚verrückten‘ Idee nachspürt, wehe dem Immanuel Kant, dem Karl Marx, der Marie Curie oder dem Sigmund Freud.“ Boesch fürchtet, paritätisch besetzte Gremien könnten den wissenschaftlichen Eifer des einzelnen bremsen.

„Verrückte Ideen“, um die der Psychologe sich sorgt, sind freilich von jüngeren Wissenschaftlern eher zu



Wissenschaftler (im Kernforschungszentrum Karlsruhe): „Verfälschte Machtstrukturen“

Bundesrepublik und in 54 Instituten der Max-Planck-Gesellschaft sind „zum größten Teil ganz hochqualifizierte Leute“, urteilt der Staatssekretär im Bonner Wissenschaftsministerium, Klaus von Dohnanyi (SPD).

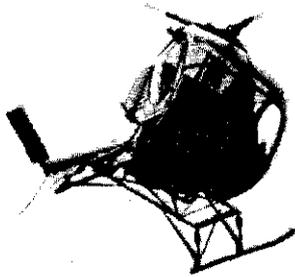
Dennoch werden die Hochqualifizierten von ihren Vorgesetzten zuweilen noch wie Pennäler benotet: von „sehr gut“ bis „ungenügend“. Manchmal sollen Abteilungsleiter auch über das „äußere Erscheinungsbild“ ihrer Untergebenen urteilen: „nachlässig“, „übertrieben“, „ordentlich“ oder „gepflegt“.

Und während Hochschulgesetze — zumindest in den sozialdemokratisch regierten Bundesländern — den Wissenschaftsbetrieb von Grund auf reformieren, müssen die akademischen Forscher außerhalb der Alma mater — so klagte der Vorstand des Verbandes der Wissenschaftler an Forschungsinstituten (VWF) in einem Telegramm

ben, einmal leitende Positionen in den Forschungszentren zu erreichen, denn die Direktorenposten gelten vielfach als Domäne renommierter Hochschullehrer, die endlich einmal in Ruhe forschen wollen — ohne Störung durch aufmüßige Assistenten und Studenten.

Der Wechsel an die Hochschule aber, der für die angestellten Wissenschaftler zum Beginn einer Karriere geraten könnte, ist für viele unerreichbar, denn sie sind nach kurzer Zeit so spezialisiert, daß sie anderswo nur schwer eine Stellung finden — vor allem nicht an den Universitäten, wo ein umfassenderes Lehrangebot Bedingung wäre.

Der einzige Ausweg heißt darum für viele „bleiben und resignieren oder — aufmucken“, wie der VWF-Vorsitzende, der Physiko-Chemiker Heinz Sundermann, 49, formulierte. Aber „aufmucken“, klagt Sundermann, „das ta-



## Für Manager, die lieber ankommen als reisen.

Sie bestimmen Ziel und Zeit.  
Wir fliegen. Piloten und Hubschrauber der ersten Garnitur stehen zu Ihrer Verfügung. Weitere Informationen erhalten Sie umgehend.



Wilhelm Stiber KG  
Hubschrauberdienste

4755 Holzwickede (Krs. Unna)

Wilhelmstraße  
Telefon (02301) 568

7315 Weilheim/Teck  
Postfach 36  
Tel. (07023) 6351 FS 07-267857



erwarten als von den mit Verwaltungsarbeit überlasteten Honoratioren in den Institutsverwaltungen. Kreativitätsforschungen in den Vereinigten Staaten haben gezeigt, daß die wissenschaftliche Produktivität oft schon Mitte der dreißiger Jahre absinkt.

In den amerikanischen Großforschungszentren wird den jungen Wissenschaftlern darum ein größerer Entscheidungsspielraum gewährt. Das Befehlssystem wurde zugunsten kollegialer Entscheidungen abgebaut. In der Bundesrepublik hingegen blieben solche Reformen selten.

Zwar wurden den Wissenschaftlern bisweilen — etwa in der Kernforschungsanlage Jülich und am Deutschen Elektronen-Synchrotron in Hamburg — mehr Mitwirkungsrechte eingeräumt; meist aber blieb es in den Forschungsinstituten bei der starren hierarchischen Gliederung, die nach dem Urteil einer OECD-Expertise aus dem Jahr 1967 für den Leistungsabfall der westdeutschen Wissenschaft verantwortlich ist.

Am Kernforschungszentrum Karlsruhe — wie auch an anderen Instituten — dürfen Forscher unterer Ränge auch heute noch wissenschaftliche Aufsätze nur mit Genehmigung der Instituts-, Abteilungs- und Laborleiter veröffentlichen. In den Jahresberichten des Forschungszentrums sind nur die Namen der Abteilungsleiter, nicht die der Mitarbeiter verzeichnet.

Trotz begrenzter Mitbestimmung im Wissenschaftlich-Technischen Rat bilden Geschäftsführer und Institutsleiter in Karlsruhe noch immer eine geschlossene Kaste. Die Honoratioren essen im eigenen Kantinensaal, haben zum Teil gar eigene Professoren-Toiletten und treffen sich in einem Klub, in dem Angestellte und auswärtige Wissenschaftler selten gesehen werden.

Bei diesen Arbeitsbedingungen nimmt es nicht wunder, daß viele Forscher „Verbitterung“ und ein „Gefühl der Entwertung“ verspüren, wie das Münchner Infratest-Institut in einer Untersuchung über die westdeutschen Forschungsstätten eruierte. Die Ergebnisse der Infratest-Erhebung wurden 1967 veröffentlicht. Geschäftsführer des Meinungsforschungs-Instituts war Klaus von Dohnanyi.

Dohnanyis Meinungsforscher resümierten ihre Eindrücke aus den Werkstätten der Wissenschaft so: „In einem Klima, wie es sich uns gezeigt hat“, könne die „wissenschaftliche Forschung kaum gedeihen“. Aber auch als der Instituts-Geschäftsführer zwei Jahre darauf zum Staatssekretär im Wissenschaftsministerium avancierte, änderte sich daran so gut wie nichts. Und auch die neuen Forschungsleitlinien deuten einen Klimawechsel nur zaghaft an.

Da Dohnanyi den Einfluß der Institutsdirektoren kaum beschneiden will, ist sein Reformkonzept selbst bei seinen eigenen Genossen umstritten. Der Vorsitzende des Wissenschafts-Ausschusses im Bundestag, der Politolo-

gie-Professor Ulrich Lohmar (SPD), urteilt: „Eine halbe Sache.“

Lohmar legte im Bildungspolitischen Ausschuß der SPD einen Gegenentwurf zu den Leitlinien des Ministeriums vor. Nach diesem Kontrastprogramm sollen „alle Mitarbeiter“ in den Entscheidungs- und Beratungsgremien „gleichberechtigt“ vertreten sein — ohne Rücksicht auf ihre Managementpositionen. In den Aufsichtsräten der Forschungszentren, in denen heute noch Interessenvertreter der Wirtschaft sitzen, sollen Arbeitgeber (Bund und Länder) und Arbeitnehmer (wissenschaftliches und technisches Personal) zu gleichen Teilen vertreten sein.

Dohnanyi, selbst Mitglied des Parteiausschusses, will trotz der Kritik die Leitlinien nicht zurücknehmen, ist aber bereit, die Pläne des Wissen-



Staatssekretär von Dohnanyi  
„Demokratie nur schrittweise“

schaftsministeriums künftig vorsichtig zu variieren. Dohnanyi: „Unsere letzte Antwort war das noch nicht.“ Zugleich schränkt der Staatssekretär jedoch ein: „Der Demokratisierungsprozeß ist gerade im Dienstleistungsbereich wegen mangelnder Erfahrung nur schrittweise zu verwirklichen.“

Im Ministerium am Bonner Tulpenfeld aber herrscht nicht nur Ungewißheit über die einzelnen Schritte, sondern auch über das, was Dohnanyi und Leussink unter Demokratisierung verstehen. Als ein Vertreter des Wissenschaftler-Verbandes vom Ministerialrat Eberhard Schlephorst, der federführend am Entwurf der Leitlinien beteiligt war, Auskunft erbat, wie im Ministerium Demokratie definiert werde, beschied ihn der Beamte: Das wisse er nicht. Er stellte anheim — so heißt es in einem vertraulichen Protokoll —, „diese Frage durch einen Bundestagsabgeordneten an das Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft richten zu lassen“.